FORUM MIGRATION

Informationen zur Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik ethnischer Minderheiten_Jan. 2001

Nr. 16

ASYLBEWERBER

Schluss mit dem Arbeitsverbot

Anfang Dezember hat die Bundesregierung auf Vorschlag des Bundesarbeitsministeriums die Arbeitsgenehmigungsverordnung – ArGV – dahingehend geändert, dass Asylbewerber und geduldete Ausländer nach einem Jahr Wartefrist eine Arbeitserlaubnis erhalten können, wenn keine bevorrechtigten Arbeitsmarktinländer – Deutsche Unionsbürger und ihnen gleichgestellte Ausländer – auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen („Vorrangprüfung"). Damit ist das absolute Arbeitsverbot für diese Gruppen aufgehoben, das die Vorgängerregierung im Mai 1997 verhängt hatte.

Gleichzeitig brauchen die Arbeitsämter, wenn eine Beschäftigung ein Jahr besteht, zur Verlängerung der Arbeitserlaubnis keine neuerliche Vorrangprüfung vorzunehmen. Gegen die bisherige Regelung hatten sich sowohl Gewerkschaften wie Arbeitgeber ausgesprochen.

Es gibt eine weitere erfreuliche Veränderung durch diese Novelle des ArGV. Die Wartezeit für den Zugang zum Arbeitsmarkt bei Ehegatten und Kindern von Ausländern, die eine befristete Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsbewilligung haben, wird von zwei bzw. vier Jahren ebenfalls auf ein Jahr gesenkt.

Diese Schritte der Bundesregierung sind natürlich sehr zu begrüßen. Gleichwohl verweist Isabel Basterra, Referat Migration des DGB, darauf, dass Wartefristen generell überflüssig sind. In einem Brief des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte an den Bundesarbeitsminister vom Dezember 1999 heißt es: „Der Mechanismus der Vorrangprüfung von Arbeitsmarktinländern zur sozialverträglichen Steuerung des Zugangs zum Arbeitsmarkt reicht aus."

Inhalt

SEITE 2

- **Asylpolitik in Europa**
- **Tag der Menschenrechte:** Einwanderer willkommen heißen
- **Projektschultage:** Für Demokratie Courage zeigen

SEITE 3

- **Recklinghäuser Konferenz:** Die Integrationsleistung sichern
- **Bayern:** Landeserziehungsgeld ab 2003 auch für Drittstaatler

SEITE 4

- Zuwanderung gestalten **Heinz Putzhammer,** Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB
- **Broschüre:** Globale Telearbeit

DGB

Veränderte Migrationsarbeit

Zum 1. Januar 2001 wird sich einiges in der Migrationsarbeit des DGB ändern:

1. Beim DGB-Bildungswerk wird ein Bereich „Migration und Qualifizierung" eingerichtet. Übernommen wird u.a. die Bildungsarbeit und die Beratung für Multiplikatoren, die bislang vom Referat Migration des DGB-Bundesvorstands bearbeitet wurde. Dazu gehören insbesondere die Durchführung der Seminare und Tagungen, die Herausgabe von Broschüren und des Forum Migration sowie die Unterstützung der Bildungsarbeit der DGB-Landesbezirke. Leo Monz und Anna Tastsoglou werden diese Aufgaben übernehmen.

2. Die Migrationspolitik wird zukünftig von Berlin aus, vom Referat Migration in der Internationalen Abteilung koordiniert. Hierzu gehört insbesondere die Abstimmung mit den Gewerkschaften, die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen gegenüber Bundesregierung und Parlament sowie die Bearbeitung internationaler und europäischer Migrationsfragen. Im Referat werden Volker Roßocha, Isabel Basterra und Rosaria Bartolotta arbeiten.

Hier die neuen Adressen:

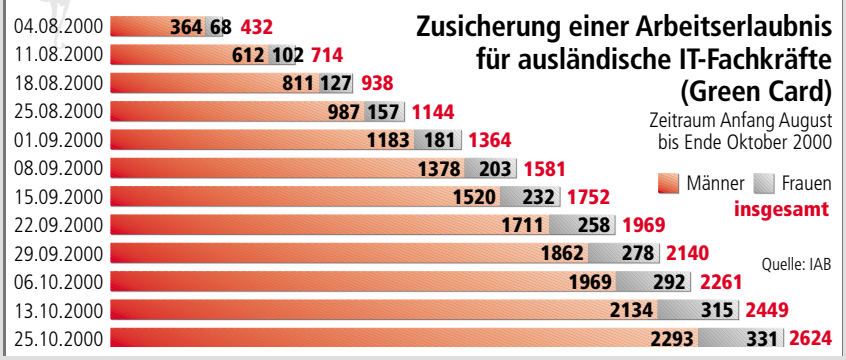
DGB-Bundesvorstand
Internationale Abteilung
Referat Migrationspolitik
Henriette Herz Platz 2
10178 Berlin

DGB-Bildungswerk
„Migration und Qualifizierung"
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Zahlenwerk

Zusicherung einer Arbeitserlaubnis für ausländische IT-Fachkräfte (Green Card)

Zeitraum Anfang August bis Ende Oktober 2000



Quelle: IAB

INFORMATIONEN UND ANALYSEN

Asylpolitik in Europa

„Leider haben wir keine wirklich europäische Öffentlichkeit für das Thema Asyl herstellen können – trotz der vielen professionellen und richtigen politischen Stellungnahmen. Mit unseren Themen in die Medien und ins öffentliche Bewusstsein zu kommen, ist eine Aufgabe, die wir noch lösen müssen." So bilanzierte Pfarrer Herbert Leuninger von PRO ASYL auf einer Tagung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Debatte um eine Europäisierung der Asylpolitik.

Die Dokumentation der Tagung wurde 1999 veröffentlicht und ist somit ein Beitrag, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Obwohl seit Erscheinen der Broschüre einige Änderungen eingetreten sind, bietet sie dennoch wichtige Grundinformationen und Hintergrundmaterialien, zum Beispiel eine Darstellung der Einwanderungspolitik und des Asylverfahrens in den Niederlanden.

Über die aktuellen Entwicklungen der Asylpolitik auf europäischer Ebene – Berichte, Entwürfe, Stellungnahmen und so weiter – berichtet das „update: europäische Asylpolitik", das regelmäßig vom Paritätischen Wohlfahrtsverband herausgegeben wird. Die letzte Fassung stammt vom August 2000, eine weitere Aktualisierung wird in diesen Tagen veröffentlicht.

TAG DER MENSCHENRECHTE

Einwanderer willkommen heißen

Anlässlich des UN-Tages der Menschenrechte am 10. Dezember hatte das Referat Migration zum 12. Dezember zu einer Tagung nach Düsseldorf eingeladen. Thema: „Einwanderer willkommen heißen – Anforderungen an Integrationspolitik im 21. Jahrhundert".

Einwanderer, das sind gleichermaßen Ausländer, die als Arbeitnehmende oder schutzsuchende Flüchtlinge nach Deutschland kommen wie Aussiedler, die in die Heimat ihrer Vorfahren ziehen. Dokumentiert wurde dies durch ein Referat des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung MdB Jochen Welt. Er stellte die Integrationspolitik der Bundesregierung vor.

Integration, die damit beginnt, die neuen Mitbürger willkommen zu heißen, ist das Gegenteil der Abschreckungspolitik der 90er Jahre – so Günter Dickhausen, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB. Eine Zwangsrotation von Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmern ist aus seiner Sicht damit nicht vereinbar. „Von daher", so Dickhausen, „ist die Green Card mit ihrer Begrenzung auf fünf Jahre kein mutiger Schritt in ein neues Einwanderungsrecht in Deutschland. Aber sie hat uns die Augen dafür geöffnet, dass Abschottung keine Zukunft hat."

Dies kann ein erster Schritt zu einem nötigen Paradigmenwechsel sein, der darin besteht, dass sich die Gesellschaft insgesamt auf Zuwanderung als festen Teil ihrer eigenen Zukunft einstellt.

PROJEKTSCHULTAGE

Für Demokratie Courage zeigen

Im Oktober startete der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg das Schulprojekt Courage, um – so der Landesbezirksvorsitzende Dieter Scholz – unter Schülerinnen und Schülern Klischees über Ausländer zu zerstören und über Rechtsextremismus aufzuklären. Als Vorbild dient die Aktion „Für Demokratie Courage zeigen", die seit einiger Zeit von der sächsischen DGB-Jugend zusammen mit anderen Jugendverbänden durchgeführt wird. Scholz: „Kernidee des Konzeptes ist es, mit Schülerinnen und Schülern an allgemein bildenden Schulen einen ganzen Schultag zu verbringen und dabei die Themen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Hass, Gewalt und Rechtsextremismus aufzuarbeiten." Die wichtigste Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der zehnten Klassen. Durchgeführt werden die Projekttage von dafür geschulten Teamerinnen und Teamern im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Oppelner Str. 130,
53119 Bonn, Tel.: 0228/ 6686-0
Fax: 0228 / 66 86 - 209
E-Mail: verlag@awobu.awo.org
Internet: www.awo.org

Paritätischer Wohlfahrtsverband, Heinrich-Hoffmann-Str. 3,
60528 Frankfurt/ Main
Tel.: 069 / 67 07 - 201
E-Mail:
Harald.Loehlein@paritaet.org
Internet: www.fluechtlingshilfe.de

Notiert

Zuwanderungswelle bei Osterweiterung?

In der Debatte um die Osterweiterung der EU wird immer wieder die Befürchtung genährt, Deutschland drohe bei Freizügigkeit eine Zuwanderungswelle. In einer Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden nicht Mutmaßungen, sondern Fakten untersucht. Eine Schlussfolgerung der Autoren Elmar Hönekopp und Heinz Werner: „Befürchtungen einer massenhaften Zuwanderung waren damals (bei der Süderweiterung – d.Red.) und sind insofern auch jetzt bei einer künftigen Osterweiterung nicht begründet." Allerdings gehen die Autoren davon aus, dass eine volle Freizügigkeit erst nach einer Übergangsfrist gewährt werden könne.
Die bereits im August 1999 erschienene Untersuchung hat an Aktualität nichts eingebüßt. IAB Kurzbericht Nr. 7/17.8.1999 Osterweiterung der Europäischen Union – Droht dem deutschen Arbeitsmarkt eine Zuwanderungswelle?

Bezug: IAB Regensburger Str. 104,
90327 Nürnberg
Tel.: 0911/179-3025
Der Text kann auch aus dem Internet geladen werden: www.iab.de

RECKLINGHÄUSER KONFERENZ

Die Integrationsleitung sichern

Zum 30. Mal trafen sich am 2. Dezember Delegierte der IG BCE zu ihrer jährlichen Recklinghäuser Tagung. Thema ist traditionell das Zusammenleben von Inländern mit deutschen und anderen Pässen im Betrieb und in der Gesellschaft.

Allein die Tatsache, dass die einstmals von der IG Bergbau ins Leben gerufene Veranstaltung seit so viel Jahren stattfindet, zeigt, dass die Gewerkschaften Integration als Thema nicht erst jetzt entdeckt haben. Der Vorsitzende der IG BCE erklärte, seine Gewerkschaft werde alles tun, um der Ausländerfeindlichkeit „mit all ihren hässlichen Begleiterscheinungen" ein Ende zu setzen. Mit den Arbeitgebern sei verabredet worden, auch künftig in den Betrieben keine rechtsradikalen Aktivitäten zu dulden.

Mit der Entschlossenheit, die Demokratie gegen eine Minderheit zu verteidigen – das wurde in Recklinghausen deutlich –, wird auch die Integrationsleistung der Gewerkschaft gesichert. In der IG BCE haben sich über 70.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus 70 Nationen organisiert. 1034 Ausländerinnen und Ausländer sind Mitglied in einem Betriebsrat, 75 Betriebsratsvorsitzende.

Diese in den Betrieben erreichte Leistung wurde auch vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement ausdrücklich anerkannt. Er forderte bei seiner Rede in Recklinghausen eine Qualifizierungsoffensive, in die auf der Basis von Chancengleichheit alle einbezogen werden, unabhängig davon, welchen Pass sie besitzen.

BAYERN

Landeserziehungsgeld ab 2003 auch für Drittstaatler

Künftig werden in Bayern auch Kleinkinder, die Drittstaatsangehörige sind, Landeserziehungsgeld bekommen. Damit geht eine Auseinandersetzung zu Ende, die gut zehn Jahre andauert.

In einigen Bundesländern bekommen die Eltern von Kleinkindern nach dem zweijährigen Bundeserziehungsgeld zusätzlich für ein Jahr ein Landeserziehungsgeld. Allerdings beschränkt sich in Bayern und Baden Württemberg die Regelung auf deutsche Staatsangehörige und EU-Bürger.

Der bayerische DGB – wie auch der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg (siehe Forum Nr. 3) – hat diese Ungleichbehandlung immer wieder kritisiert und Anfang der 90er Jahre Gewerkschaftsmitglieder aus Drittländern aufgefordert, Anträge auf das Erziehungsgeld zu stellen und gegen die Ablehnung zu klagen. Das geschah und wurde auch vom DGB-Rechtsschutz begleitet.

Später wurden die Verfahren erst einmal auf Eis gelegt, weil ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs abgewartet wurde. Der hatte im letzten Jahr entschieden, dass türkische Staatsangehörige auf Grund des Assoziationsvertrags mit der EU bei Leistungen für Familien gleichgestellt werden müssten. Hier nun setzen die juristischen Spitzfindigkeiten ein, ob denn das Landeserziehungsgeld darunter falle. Die alten Verfahren lebten jetzt wieder auf und der DGB startete eine Kampagne für Gleichstellung.

Die Landesregierung – so Heide Langguth, Pressesprecherin des bayerischen DGB, die die Aktionen koordinierte – stellte sich zunächst einmal stur. Nach einigen Monaten aber höhlte der stete Tropfen – Flugblätter, Veranstaltungen, Widerspruchsklagen gegen ablehnende Bescheide – den Stein Landesregierung. Eine Novellierung des Gesetzes über das Landeserziehungsgeld sieht vor, dass Kinder, die entsprechend dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht mit Doppelpass aufwachsen, ebenfalls anspruchsberechtigt sind. Damit sind die anderen Kinder nach wie vor ausgeschlossen. Der DGB kritisiert auch, dass das Landeserziehungsgeld erst ab dem Jahr 2003 gezahlt wird, also zu dem Zeitpunkt, da das Bundeserziehungsgeld für die ab dem 1. Januar 2001 geborenen Kinder ausläuft.

Immerhin aber hat die bayerische Landesregierung sich bewegt. Die Hartnäckigkeit des DGB, so Heide Langguth, habe sich ausgezahlt.

TAGUNGSDOKUMENTATION

Gleichbehandlung als politische Aufgabe

„Demokratie und Toleranz in Gesellschaft und Arbeitswelt" war der Titel einer Tagung, die vom 23. bis 25. März 2000 in Magdeburg stattgefunden hat. Veranstalter war das Referat Migration beim DGB-Bundesvorstand. (Siehe auch: Forum Migration Nr.8)

Diskutiert wurden Hintergründe und Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und Strategien, wie dagegen anzugehen sei. Als praktische Beispiele wurden Initiativen und Regelungen vorgestellt, mit denen in der Arbeitswelt gegen Fremdenfeindlichkeit vorgegangen werden kann. Das bedeutet nicht nur, ein Instrumentarium zu schaffen – etwa durch konsequente Nutzung des Betriebsverfassungsgesetzes oder Betriebsvereinbarungen –, um gegen fremdenfeindliche Täter vorgehen zu können. Zumindest ebenso wichtig ist die Durchsetzung von Gleichbehandlung. Und da – so etwa der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte in seinem Referat – gibt es auch in der Arbeitswelt noch einiges zu tun.

Insgesamt wurde eine Reihe unterschiedlicher Aspekte – auch Fragen, die auf der europäischen Ebene stehen – vorgestellt und diskutiert. Ohne Gleichbehandlung ist Demokratie in Deutschland und Europa nicht möglich – so ein Fazit der Tagung. Die Dokumentation ist im Dezember erschienen.

Demokratie und Toleranz in Gesellschaft und Arbeitswelt (Tagungsdokumentation)

Bestellungen bei:
toennes satz + druck gmbh,
Postfach 3262, 40682 Erkrath
Fax: 0211 / 9 20 08 - 38
reisener@toennes-gruppe.de

Postvertriebsstück A 50848 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

BROSCHÜRE

Globale Telearbeit

Der elektronisch basierten Internationalisierung von Arbeit widmet sich eine Untersuchung, die von Michael Schwemmle und Claus Zanker (...input consulting) durchgeführt wurde. Auftraggeber waren das „Kooperationsbüro multimedia + arbeitswelt" und die Deutsche Postgewerkschaft.

Vergleichsweise neu ist der Weg „einer arbeitsteiligen grenzüberschreitenden Organisation von Wertschöpfungsprozessen auf der Basis elektronischer Kommunikationsnetze". Hierbei werden einzelne Stufen der Wertschöpfung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgearbeitet, die in einem anderen Land wohnen. Die Arbeitsergebnisse werden in elektronischer Form ausgetauscht oder an den Kunden geliefert. Es geht vor allem um Arbeiten im Bereich des Dienstleistungssektors, die über eine lange Zeit als nicht globalisierbar angesehen wurden.

Von den bekannten Anwendungen vom Telebanking über Programmierung und Reise- und Flugbuchungen bis zu den Call Centern gibt es heute noch exotisch anmutende Möglichkeiten. So gab es in der Weltbank vor einiger Zeit Überlegungen, die Sicherheitskameras in amerikanischen Einkaufszentren von Menschen in Afrika überwachen zu lassen.

Eine genaue Prognose, wie weit das noch anwachsende Potential für Telearbeit tatsächlich dann auch genutzt wird, ist kaum möglich. Unabhängig davon müssen die Gewerkschaften aus Sicht der Autoren ihre internationale Arbeit verstärken und vor allem nach neuen Wegen suchen, da die Institutionen der industriellen Beziehungen auf dieser Ebene nur schwach entwickelt sind.

Michael Schwemmle/ Claus Zanker: „Anytime, anyplace..." – Befunde zur elektronischen Internationalisierung von Arbeit. **Bestellung bei:** Deutsche Postgewerkschaft Abt. Technologie/ Innovation, Rhonestr.2 60528 Frankfurt/ Main, Tel.: 069 / 66 95 - 0

Impressum

FORUM MIGRATION
Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration, Burgstr. 29-30, 10178 Berlin Tel. 030 / 2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.

Kommentar

ZUWANDERUNG GESTALTEN

Foto: Günther Helding

Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Spätestens nach der Vorlage des Berichtes der Enquete-Kommission zum Demographischen Wandel ist klar: Bis zum Jahr 2050 schrumpft die Bevölkerung (Deutsche und ausländische Staatsangehörige) der Bundesrepublik auf unter 50 Millionen Einwohner, mit all den negativen Folgen für die Sozialsysteme. Eine ähnliche Entwicklung gibt es bei den Arbeitskräften. Diese Tendenz kann durch zusätzliche Einwanderung zwar nicht umgekehrt, aber erheblich gebremst werden. Einwanderung schafft Arbeitsplätze, nicht nur für die Einwanderer selbst, sondern auch für die einheimische Bevölkerung. Einwanderer sind nicht nur Kunden; als Unternehmer schaffen sie – genauso wie deutsche Unternehmen – zahlreiche neue Arbeitsplätze.

Also könnte man fragen: Worüber müssen wir noch streiten? Zumindest die demokratischen Parteien sind außerhalb von Wahlkämpfen über die Notwendigkeit zukünftiger Einwanderung einig. Die Differenzen liegen insbesondere bei zwei Fragen:

1. Soll Zuwanderung die Zukunft des Standortes Deutschland sichern und damit zu Lasten unserer humanitären Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen organisiert werden?

2. Wie soll die Integration der Einwanderer gestaltet werden?

Unsere gewerkschaftlichen Positionen hierbei sind eindeutig: Wir stehen für eine gestaltende Zuwanderung aus ökonomischen und demographischen Interessen ohne weitere Einschränkung des Asylrechts und ohne Verschlechterungen beim Familiennachzug. Ob Einwanderung aus humanitären oder wirtschaftlichen Interessen erfolgt, ist eher zweitrangig. Anders aber als in den vergangenen Jahrzehnten ist sie nicht zum Nulltarif zu bekommen. Notwendig sind Angebote zur Integration, Schulen, in denen die Kinder der Einwanderer die Sprache – auch als Zweitsprache – lernen, Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Wohnungen und eine soziale und rechtliche Gleichstellung. Die Angebote müssen aus unserer Sicht transparent gestaltet sein und Anreize zur Teilnahme bieten. Ein Zwang zur Teilnahme verbessert nicht die Integrationsbereitschaft, sie führt eher zu einer Abwendung von der Gesellschaft.

Heute, in der vernetzten Weltwirtschaft ist unsere Wirtschaft mit ihrer Exportabhängigkeit vom guten Ruf der Produkte, aber auch vom Ansehen der Gesellschaft abhängig – dies haben die Reaktionen auf die fremdenfeindlichen Gewalttaten im Sommer diesen Jahres gezeigt. Die Kreativität einer Gesellschaft und ihre Wettbewerbsmöglichkeiten wachsen mit der Fähigkeit, unterschiedliche Talente, Kompetenzen und Kulturen zu nutzen. Wir dürfen Einwanderer deshalb nicht länger als Bedrohung für eine vermeintlich deutsche Leitkultur betrachten. Wir müssen anerkennen, dass Einwanderung eine Bereicherung für eine offene und demokratische Gesellschaft darstellt. Dazu ist ein Perspektivenwechsel in der Debatte notwendig, bei dem wir auch die Bevölkerung mitnehmen müssen.